

Genehmigungsverfahren folgt Rechtsstaatsprinzipien

Mir kommen Zweifel am Demokratieverständnis einiger Zeitgenossen auf, wenn ich lese, dass Mittels einer Volksbefragung versucht werden soll, „politischen Druck auf die Entscheidungsträger im Genehmigungsverfahren“ auszuüben. Deutschland ist (zum Glück) ein Rechtsstaat und Genehmigungen werden aufgrund bestehender gesetzlicher Vorschriften erteilt oder, wenn die gesetzlichen Vorschriften nicht eingehalten werden, versagt. Ich meine, das sollten auch die selbsternannten Ökoaktivisten respektieren. Im übrigen frage ich mich, was Rot-Grün in sieben Jahren Bundesregierung in umweltpolitischen Gesetzgebungsverfahren überhaupt zustande gebracht hat, wenn gerade aus dieser politischen Ecke heute der Vorwurf erhoben wird, Deutschland sei in Sachen Umweltschutzgesetzgebung nicht mehr führend in Europa und in der Welt, wenn ein solches Steinkohlekraftwerk heute noch genehmigungsfähig sei. Haben Trittin, Gabriel, Künast und Co. etwa nur geschlafen bzw. die Zeit dafür genutzt, den Wirtschaftsfaktor Energie für uns alle zu verteuern und die aus Sicht der Ökologie sinnvollen und sicheren Atomkraftwerke unmöglich zu machen und Deutschland damit ins energiepolitische Abseits zu stellen? Es scheint fast so.

Leserbrief von Thomas Möller aus Greifswald | 20.12.2007 09:10 Uhr

Auch Volksentscheide sind legitim, Herr Hochschild

Auch der Volksentscheid gehört zum Rechtsstaat, Herr Hochschild. Und erst Recht, wenn es um Lebensumstände und Gefährdung der Gesundheit von Menschen geht. Wenn Politiker in ihrer Selbstherrlichkeit meinen, allein aus dem Kelch des Kompetenz getrunken zu haben und richtige Fachleute, wie beispielsweise Prof. Succow als selbsternannte Ökoaktivisten bezeichnen, dann ist dieser Volksentscheid nötiger denn je. Zudem sei die Frage erlaubt, woher nehmen Sie eigentlich als Malermeister ihr komplexes Wissen über das Steinkohlekraftwerk? Welche „Fachleute“ konsultieren Sie, wenn Sie sich ein umfangreiches Bild über die ökonomischen und ökologischen Auswirkungen eines solchen Werkes machen wollen? Nach meinem Gefühl klingen Ihre Argumente nachgeplappert und von wenig Sachverstand getragen. Sie erhoffen sich wie viele Befürworter rein persönliche Vorteile und würden dafür wahrscheinlich auch den Bau eines Rüstungsbetriebes in Kauf nehmen. Selbst dieses würde für ein paar Arbeitsplätze Ihre Rechtfertigung finden. Auch wenn dann woanders in der Welt tausende Menschen nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihr Leben verlieren. Dafür ist Ihnen der Lorbeerkrantz sicher. Es ist erschreckend, wie wenig Verantwortungsgefühl Sie für kommende Generationen haben. Nutzen Sie doch einfach die kommenden Weihnachtstage um als Christ Zwiesprache mit Gott zu halten. Seine Vertreter auf der Erde haben zum Kraftwerk eine klare, ablehnende Haltung. Sie erklären Ihnen sicher gern, warum.

Wochenendausgabe, 22. Dezember 2007 | Wirtschaft

Nord Stream beantragt Bau der Ostseepipeline in Schweden

Stockholm/Lubmin (ddp) Die Nord Stream AG hat in Stockholm den Bau der deutsch-russischen Ostseepipeline durch die schwedische ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) beantragt. Die Unterlagen umfassen einen Bauantrag für zwei Pipelinestränge sowie einen Antrag zur Errichtung einer Wartungsplattform. Zugleich hat das Konsortium der schwedischen Regierung eine Studie zum möglichen Einfluss der Pipeline auf die Umwelt überstellt. Den Plänen zufolge soll der Erdgasstrang ab Sommer 2009 verlegt und 2010 in Probetrieb genommen werden. Erstes Gas soll im Frühjahr nach Lubmin fließen.

Freitag, 21. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Strafanzeige gegen Seidels Ministerium

Das umstrittene Kohlekraftwerk in Lubmin setzt das Wirtschaftsressort weiter unter Druck. Die Staatsanwaltschaft prüft seit gestern den Verdacht der Untreue.

Schwerin (OZ) Der Streit um das Genehmigungsverfahren für das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin spitzt sich weiter zu. Wie die Staatsanwaltschaft Schwerin gestern auf OZ-Anfrage bestätigte, liegt eine Strafanzeige gegen Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums wegen des Verdachts der Untreue vor. Hintergrund ist der Vorwurf von Umweltverbänden, das Ministerium unter Ressortchef Jürgen Seidel (CDU) habe wichtige Passagen im Genehmigungsantrag des dänischen Kraftwerksbauers Dong Energy selbst formuliert (OZ berichtete).

Nach Ansicht des Bergener Notars Friedemann Ungerer, der die Strafanzeige stellte, drängt sich der Verdacht der Untreue auf, „wenn tatsächlich sachliche und personelle Mittel des Ministeriums verwendet wurden, um den Antrag, wenn auch nur teilweise, zu formulieren“. Oberstaatsanwalt Hans-Christian Pick erklärte, die Staatsanwaltschaft prüfe derzeit, ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde. Zumindest auf den ersten Blick sei dem Sachverhalt allerdings kein strafrechtliches Verhalten zu entnehmen, so Pick.

Unterdessen sorgt eine andere Entscheidung der Landesregierung für weiteren politischen und juristischen Gegenwind. Nach Angaben von Reinhard Stahlberg, Leiter des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur (StAUN) Stralsund, das für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Kraftwerks zuständig ist, wird seine 88-köpfige Behörde für die Zeit des Genehmigungsverfahrens durch eine Juristin sowie einen Immissionschutzexperten aus dem Wirtschaftsministerium personell verstärkt. Zudem habe das Umweltministerium unter Ressortchef Till Backhaus (SPD) einen Mitarbeiter ins StAUN Ueckermünde beordert.

Während Stahlberg betont, es handle sich dabei um ein „übliches Vorgehen“, kommt harsche Kritik von Ex-Umweltminister Wolfgang Methling (Linke). Die Abordnung von Mitarbeitern aus den Ministerien in die Behörden verstärke den Eindruck, „dass das Genehmigungsverfahren im gewünschten politischen Sinne beeinflusst werden soll“. Methling erklärte, zusammen mit dem Brief, der Dong quasi Argumentationshilfe biete, „verwundert dies allerdings nicht“.

Nach Ansicht des Berliner Rechtsanwalts Peter Kremer, der die Umweltschutzverbände vertritt, verschärfe sich damit sein Vorwurf der Befangenheit gegenüber den Genehmigungsbehörden. Kremer: „Offensichtlich beabsichtigen die beiden Ministerien, die Genehmigungsbehörden zu kontrollieren.“ Rechtlich sei dies zwar völlig in Ordnung. Rechtswidrig werde die Angelegenheit allerdings dann, wenn das Wirtschaftsministerium selbst, wie in diesem Fall geschehen, durch eine parteiische Stellungnahme in den Genehmigungsprozess eingreife.

Wirtschaftsstaatssekretär Rüdiger Möller (CDU) legt indes Wert auf die Feststellung, dass die Darlegung des öffentlichen Interesses in Form einer Stellungnahme „ein geübtes Verfahren“ sei, das bei der bisherigen Genehmigung anderer Investitionsvorhaben stets Anwendung gefunden habe. Hinzu komme, dass bei dem vorliegenden naturschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren das Wirtschaftsministerium keine Fachaufsicht über die Genehmigungsbehörde StAUN Ueckermünde ausübe, erklärte Möller der OZ.

JÖRG KÖPKE

Freitag, 21. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

INFO

Lubmin noch im Zweckverband

Lubmin tritt nicht wie geplant zum 31. Dezember aus dem auch für das Kraftwerk zuständigen Planungs-Zweckverband „Lubminer Heide“ aus. Auf Initiative der Gemeinde Lubmin sei der Austritt auf der Verbandssitzung vertagt worden, sagte Bürgermeister Klaus Kühnemann. Rechtliche Klärungen stünden noch aus. So müsse zunächst eine Rechte- und Pflichtentrennung zwischen der Gemeinde und dem Zweckverband vorgenommen werden, erläuterte der Kraftwerksgegner.

Donnerstag, 20. Dezember 2007 | Wirtschaft

300 Bewerbungen für Dong-Kraftwerk

Greifswald (dpa) Trotz ausstehender Baugenehmigung haben sich bereits rund 300 Interessenten um einen Arbeitsplatz im geplanten Steinkohlekraftwerk Lubmin beworben. Dabei handle es sich zum einen um rund 150 Initiativbewerbungen von qualifizierten Ingenieuren, Technikern oder Schlossern, die beim dänischen Energiekonzern Dong Energy eingegangen seien, sagte Dong-Sprecher Jens Nybo Jensen gestern. Die gleiche Anzahl an Bewerbungen sei bei der Agentur für Arbeit eingegangen, sagte Thomas Besse von der Agentur für Arbeit in Stralsund. „Dong Energy wäre für die Region Vorpommern ein wichtiger Arbeitgeber mit Signalwirkung.“

Donnerstag, 20. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Leserpost

*

Zum geplanten Steinkohlekraftwerk merkt Lutz Kindermann aus Pothagen an: Die Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin ist nicht nur umweltschädigend, sondern steht auch im Gegensatz zu der in Bali proklamierten deutschen Zielstellung, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40% zu senken. Es ist unstrittig,

dass Dong den Bau eines modernen Steinkohlekraftwerkes in Lubmin beabsichtigt. Wie modern auch immer - es werden 750g CO₂ je Kilowattstunde, zuzüglich vor- bzw. nachgelagerter Prozesse (Transporte, Entstaubung usw.) anfallen. Insgesamt sind das ca. 900g CO₂ je erzeugte Kilowattstunde, die in die Atmosphäre abgegeben werden. Mit einem ausgewiesenen Wirkungsgrad von 45% gehen 55% der verfügbaren Primärenergie für die Verstromung verloren. Zum Vergleich: moderne Gaskraftwerke liegen bei 365g CO₂ je erzeugter Kilowattstunde und einem Wirkungsgrad von 60%. Diese könnten mit einem geringeren Investitionsaufwand gegenüber Kohlekraftwerken sofort gebaut werden. Die Menge des CO₂-Ausstoßes würde sich vergleichsweise um die Hälfte reduzieren (von 10 Mio. t auf 5 Mio t für den Standort Lubmin). Die deutschen Atomkraftwerke liegen lediglich bei 32g und die Windkraftanlagen nur bei 19g CO₂- Emission je produzierter Kilowattstunde. Bei aller Schönfärberei - ein Rappe wird nicht zum Schimmel. Selbst ausgefeilte Rhetorik und das Schüren von Ängsten werden daran nichts ändern. Deutschland steht weltweit hinter den USA, China, Russland, Japan und Indien auf Platz 6, was die Menge an CO₂- Emission betrifft. Pro Kopf liegen wir mit 10t energiebedingter CO₂- Emission auf Platz 5. In der EU hält Deutschland mit einem Anteil von 23,7 % den Spitzenplatz. Und wir sollten nicht vergessen, dass deutsche Kohlekraftwerke europaweit zu den größten Sündern in puncto CO₂- Emission gehören. Es ist wahrhaft erstaunlich, wie es Deutschland gelungen ist, als Vizeweltmeister im Klimaschutz eingestuft zu werden. Sind hier nur Worte das Maß der Dinge? Die Erarbeitung eines realisierbaren Energiekonzeptes für Deutschland halte ich für dringend notwendig.

Donnerstag, 20. Dezember 2007 | Anklam

Flutung am Heidberg abgelehnt

Lassan Dong-Energy hatte zum Ausgleich für die Versiegelungen des Erdbodens, die der Kraftwerksbau nach sich ziehen würde, drei Flächen im Amtsbereich vorgesehen. Hier sollen die Deiche zurückgebaut werden, so dass die Peene sich wieder ausbreiten kann. Diese Areale müssten von Dong angekauft und dürfen nie bebaut werden. Um Polder zwischen Waschow und Wehrland, Flächen am Klein Jasedow See sowie am Lassaner Heidberg geht es. Der Lassaner Stadtrat sprach sich in der Sitzung am Montag indes geschlossen gegen den Verkauf und die Flutung der Fläche vorm Stadtwald aus. „Wir haben die Befürchtung, dass durch die Flutung das Holz im dahinterliegenden Wald abstirbt. Außerdem hätten wir im Falle des Bedarfes selbst kein Wehrland mehr zur Verfügung“, erläutert Bürgermeister Repkowski die Entscheidung. Vorher hatte auch die angrenzende Gemeinde Bugenhagen den Antrag abgelehnt. CH. S.

Dr. med. Theo Kaufmann
Facharzt f. Innere Leiden
und Lungenkrankheiten
Vinetastraße 15 b
17459 Koserow
Tel. 038375/2 24 90
Fax 01805 999986 16300

Kohlekraftwerk Lubmin

Aufruf zum Einspruch und Protest gegen die geplante Errichtung des Kohlekraftwerkes in Lubmin!

In unserer Zeit, wo nicht nur von politischer und wissenschaftlicher Seite weltweit vor der auf uns zukommenden Klimakatastrophe eindringlich gewarnt wird und ernsthafte Beschlüsse zur Reduzierung von CO₂ und anderen Schadstoffen gefaßt worden sind, ist es mehr als unverständlich, wie und durch welche Personen ein solches Projekt überhaupt in Betracht kommen konnte.

Der geplante Errichtungsort liegt mitten in einem der schönsten und atmosphärisch saubersten und damit wertvollsten Erholungsgebiete Deutschlands, mitten zwischen Rügen und Usedom.

Die Auswirkungen wären katastrophal. Selbst durch modernste Filteranlagen wird es einen Ausstoß von Gasen und besonders auch von Feinstaubpartikeln geben, die in einem Radius von 40 Kilometern, die wegen ihrer Sauberkeit mit Recht gepriesene Luft dieser Region soweit verschlechtern, daß zugestandene Prädikate für die Seebäder, Kaiserbäder und Bernsteinbäder, wie auch alle Seebäder Rügens verlustig gehen.

Die lobheisende Ankündigung von einigen neuen Arbeitsplätzen steht mit Sicherheit einem erheblichen Rückgang des Tourismus und der Gefährdung von Existenzen aus diesen Bereichen gegenüber. Wir wollen weltweit führend im Klimaschutz sein, besonders auch wegen unserer Nachkommen. Wir wollen einen gesunden Wirtschaftsaufschwung, der besonders mit dem Tourismus verbunden ist. Wir wollen unsere Gesundheit nicht gefährden.



Dr. Theo Kaufmann

Beitrag von Prof. Dr. Tanneberger zur Information!

ANALYSE DER NACHHALTIGKEIT EINES KOHLEKRAFTWERKS IN LUBMIN

In den mir vorliegenden Unterlagen zum Vorhaben fehlt der eindeutige Nachweis der Nachhaltigkeit des Projektes. Das ist unverständlich, denn ein solcher wird in Deutschland selbst bei weitaus geringeren Investitionen gefordert. Nachhaltigkeit heißt in diesem Falle, daß für die nächsten 30 Jahre in Lubmin Kohle für eine reibungslose, ökonomisch und ökologisch vertretbare Energiegewinnung verfügbar ist. Die dazu getroffene Aussage von Dong Energy, "Kohle bietet Liefersicherheit - unabhängig von politischen Gegebenheiten" trifft nicht zu und ignoriert politische und wirtschaftliche Realitäten

1. Liefersicherheit und Preisstabilität für Rohstoffe ist nur gesichert, wenn diese Rohstoffe dem Verbraucherland gehören. Deutschland verfügt über ca. 40 Mrd. t abbaubarer Braunkohle. Wenn an die Verarbeitung dieser Kohle auch nur zu irgendeinem Zeitpunkt gedacht wird, müsste man das zur Diskussion stellen und nachweisen, daß keine CO₂ Emissionsprobleme entstehen werden. Die Braunkohlentagebaue der DDR wurden 1990 wegen Emissionsproblemen weitgehend stillgelegt. Redet man über Steinkohle, ist davon auszugehen, daß ca. 30% der Weltvorräte in den USA, 20% in Russland und 15% in China lagern. Bei der derzeitigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Situation ist es naiv zu glauben, daß Lieferungen aus diesen Ländern stabil gesichert sind. Verbleiben als Kohlelieferanten, Entwicklungsländer mit 20-25% und schließlich Australien mit 7% der Weltkohlevorkommen. Sicher werden Länder wie Indien Rohstoffe exportieren müssen. Hierbei ist zu beachten, daß immer wieder auf die erheblichen Schäden für Menschen und Umwelt bei Kohletransporten hingewiesen wird (1). Wie dieses Problem im Falle Lubmin gelöst werden soll, ist für mich nicht erkennbar.

Zum anderen machen die geografisch bedingten hohen Transportkosten niedrige Produktkosten nötig. Diese und die erforderliche Preisstabilität, lassen sich in der Regel nur durch Arbeitsbedingungen sichern, die nicht den Grundsätzen der Vereinten Nationen entsprechen (2). Kohleförderung gehört zu den gefährlichsten Industriezweigen. 2005 verunglückten etwa 10 000 Arbeiter in den chinesischen Kohlebergwerken tödlich. 600 000 leiden unter Lungenkrankheiten. Selbst in den USA kam es 2005 im Kohlebergbau zu 22 schweren Zwischenfällen (1) Die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken, die in den Entwicklungsländern für die Versorgung der lokalen und heimischen Märkte produzieren, sind oft dramatisch schlecht. Unzureichende technische Ausrüstung und mangelnde Ausbildung der Bergleute sowie ungenügende Kontrolle durch Aufsichtsbehörden sind der Grund für hohe Unfallzahlen und regelmäßige Grubenkatastrophen mit Hunderten von Toten. Die Einkommen der Beschäftigten liegen zumeist unterhalb des Existenzniveaus in den jeweiligen Ländern. Nicht nur in Kolumbien führt dies dazu, dass bereits Kinder im Alter von 8 bis 9 Jahren von ihren Eltern zur Arbeit im Bergbau eingesetzt werden (3). Von anderen Ländern wie Australien ist bekannt, daß es keine angemessenen, gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer gibt (4) Insgesamt ist nicht sicher auszuschließen, daß die Energieversorgung durch Dong Energy das

Ergebnis von internationalem Sozialdumping ist. Erfahrungen beim Erdöl lehren, daß dieses unweigerlich zu nationalem Widerstand führt, was dann als Terrorismus pauschal verdammt wird, um militärische Interventionen zu rechtfertigen. Erwiesenermaßen ist Letzteres kein Weg, um „Liefersicherheit - unabhängig von politischen Gegebenheiten“ zu erzielen.

2. Die Vorhersagen über die Verfügbarkeit von Kohle auf der Erde liegen bei 200 Jahren. Es ist aber nicht sicher auszuschließen, daß diese Schätzungen überoptimistisch sind. Die Kohlevorräte der USA wurden gerade auf 100 Jahre nach unten korrigiert (5). Zweihundert Jahre erscheint ein langer Zeitraum. In Wirklichkeit ist der kurz. Bereits unsere Urenkel werden diesen Zeitraum erleben. Und auch diese haben ein Recht auf Petrochemie und alles das, wofür fossile Rohstoffe unersetzbar sind. Energieerzeugung ohne fossile Rohstoffe ist möglich. Deshalb gebietet es der Respekt vor den kommenden Generationen, davon umgehend Gebrauch zu machen. Zu Recht weisen verantwortungsbewußte Politiker und Expertengremien auf unsere Pflichten gegenüber zukünftigen Generationen hin (6,7,8).

Zusammenfassung:

Selbst wenn man den zur Sache vorliegenden Daten skeptisch gegenübersteht, muß man bei den drohenden Konsequenzen durch Fehleinschätzungen, das ungünstigste Szenarium annehmen.

Dong Energy geht von der unbewiesenen Voraussetzung aus, daß Kohle „ein sicherer Energieträger“ sei. Dies müßte durch verbindliche Fakten und Verträge belegt werden. Dabei wäre nachzuweisen, daß Produktionsstätten, Arbeitsbedingungen und Vergütungen bei den Vertragspartnern dem Gleichheitsgrundsatz der Weltbevölkerung entsprechen (2). Trifft dies nicht zu, unterstützt Deutschland und MV in Lubmin internationales Sozialdumping. Darüber hinaus verstößt das Vorhaben gegen unsere Verantwortung für künftige Generationen. Wir können die Rohstoffreserven des Globus im 21. Jahrhundert nicht gegen Null verbrauchen, sondern sind verpflichtet, immer dort, wo sich Rohstoffalternativen auftun, davon Gebrauch zu machen. Das trifft im Fall Kohle zu. Es gibt genug alternative Energie zur Stromerzeugung. Das Vorhaben geht von falschen Voraussetzungen für die Energieerzeugung in Deutschland aus und leistet einer kurzsichtigen und falschen Energiepolitik Vorschub. Deutschland hat nur eine Chance die weltweite Energiekrise zu bewältigen wenn die Politik frühzeitig auf Intelligenz und nicht auf Rohstoffimport setzt. Als einer der größten pro Kopf Energieverbraucher, hat das Land zu dem die Pflicht, Zukunftsarbeit zu leisten. Stattdessen erfüllt Deutschland seine Kyoto Verpflichtungen nicht (9). Ein weiteres Festhalten an fossilen Brennstoffen zur Energieerzeugung wird diesen Widerspruch verstärken.

Prof. Dr.rer.nat. Dr.med.habil. Stephan Tanneberger

Diplomchemiker und Facharzt für Innere Medizin

Universität Bologna

Literatur:

1. Hawkin DG, Lasho DA, Williams RH. What to do about coal? Scientific American, September 2006
2. Erklärung von Johannesburg über nachhaltige Entwicklung, verabschiedet auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung am 4. September 2003 in Johannesburg
3. Rat für Nachhaltige Entwicklung, 14. Sitzung. Beschluss vom 30. September 2003

Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft

- Leitlinien einer modernen Kohlepolitik und Innovationsförderung

Beschluss vom 30. September 2003

4. 31. IBM Weltkongress, Wien 2005
5. The Future of Coal. Options for a Carbon-Constrained World. An interdisciplinary MIT Study, 2007..
6. Hauff, Volker. Nachhaltigkeit – Verantwortung für die Zukunft. 2. Heidelberger Agenda Tagung, 15.09.03 Heidelberg
7. Steinitz, Klaus. Nachhaltige Energiesicherung im 21. Jahrhundert – Verändert Bedingungen, neue Probleme und Herausforderungen. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät (2005); 82: 55-81
8. Gabriel, Sigmar, Umweltschutz ist praktizierte Gerechtigkeit und Fairness. BMU – Reden, 01.12.2005
9. Sekretariat der Klimarahmenkonvention von Rio (UNFCCC). Treibhausgasemissionen in westlichen Industriestaaten und früheren Ostblockländern. 20. November 2007